

Wahlhochburgen in den alten Ländern 1976-1998

Antje Hilbig und Wilhelm Steingrube

In der Bundesrepublik Deutschland sind mittlerweile 14 Bundestagswahlen durchgeführt worden. Dabei haben sich zahlreiche Parteien bundesweit zur Wahl gestellt. Doch im Zusammenspiel von Wahlrecht, Wahlsystem und auch Funktionsfähigkeit der beteiligten Parteien hat sich im Laufe der Zeit ein relativ stabiles Parteiensystem herausgebildet. Bereits mit der 4. Bundestagswahl im Jahre 1961 hatte sich mit der CDU/CSU, der SPD und der FDP ein Dreiparteien-System etabliert, das erst 1983 durch den Einzug der GRÜNEN in das Bundesparlament erweitert worden ist. Die jeweils im Bundestag vertretenen Parteien haben dabei stets weit über 90% der gültigen Stimmen auf sich vereinen können. Seit 1987 ist dieser Anteil allerdings rückläufig und hat in der letzten Wahl 1998 mit 93,7% den geringsten Anteil seit 1961 erzielt. Dieses kann man durchaus als einen Hinweis auf eine wachsende politische Diversifizierung deuten.

Nachfolgend sollen die Entwicklungslinien der vier großen Parteien der alten Länder dargestellt werden¹.

Der Begriff der Wahlhochburg

Mit dem Begriff Wahlhochburg einer Partei bezeichnet man einen sicheren Wahlkreis, der von einer gegnerischen Partei aller Voraussicht nach nicht erobert werden kann. Es gibt allerdings kein allgemein gültiges Maß über die Höhe des dafür erforderlichen Stimmenanteils. 60% waren einmal eine beliebte Marke, doch mittlerweile erreicht nicht einmal die CSU in Bayern derart hohe Werte. Demzufolge sind hier für die beiden großen Parteien 50% zugrunde gelegt worden, zumal damit immer noch die absolute Mehrheit verbunden ist.

Als dominante Gebiete gelten jene Wahlkreise, in denen eine Partei über eine deutliche relative Mehrheit, d.h. mehr als 10%-Punkte Vorsprung gegenüber der zweitstärksten Partei, verfügt. Die Wahlhochburgen müssen nicht mit den Hochburgen der Parteimitgliedschaften übereinstimmen, da sich letztere in mehreren Fällen für mehrere Parteien räumlich überlagern (► [Beitrag Ducar/Heinritz](#)).

Auch kleine Parteien sprechen gerne von "ihren" Hochburgen. Doch sie verwenden diesen Begriff im Sinne einer relativen Hochburg; sie bezeichnen damit einen Wahlkreis, in dem sie stets stark überdurchschnittlich abschneiden.

Bundestagswahlen von 1976 bis 1998²

Parteidentifikationen und Parteibindungen werden in der Wählerschaft langfristig durch klassische milieubezogene Lebensstile geprägt, doch situative Merkmale beeinflussen bzw. überlagern

diese Grunddispositionen. Die nebenstehenden Karten 2 weisen deutlich aus, dass es für die großen Parteien zahlreiche Gebiete gibt, in denen sie seit mehr als 20 Jahren jeweils über eine stabile Stammwählerschaft verfügen. Es zeigt sich allerdings – was in diesen statischen und extrem komprimierten Darstellungen nicht zum Ausdruck kommt –, dass die traditionellen Bindungen an Bedeutung verlieren und die jeweils aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen immer stärker die Wahlentscheidung beeinflussen und damit zunehmend auch ehemals stabile Hochburgen gefährden.

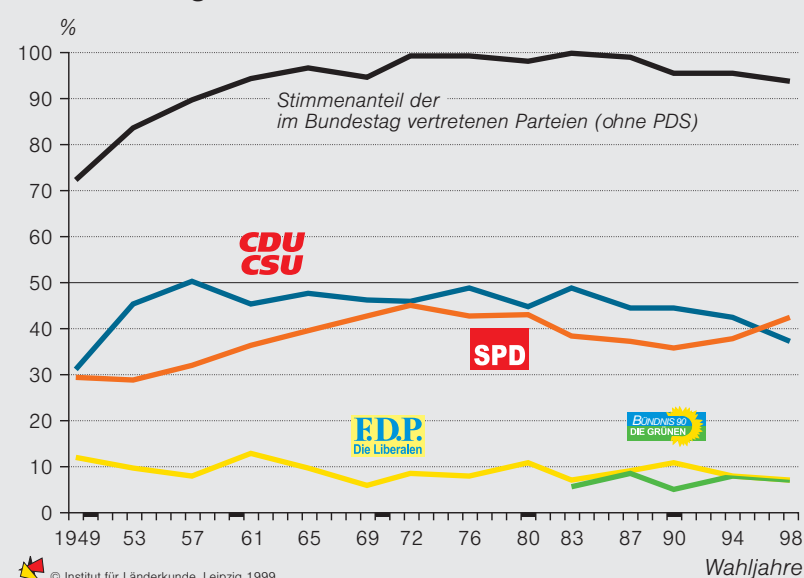
Die Hochburgen der CDU/CSU

Die CDU/CSU weist mit 107 Hochburg-Wahlkreisen weitaus mehr sichere Gebiete als die SPD (mit 70 Wahlkreisen) auf, und die räumliche Verbreitung spiegelt immer noch deutlich die sozio-demographischen Strukturen wider: Neben Bayern sind die stark katholisch geprägten Regionen (um Fulda, Limburg und Paderborn) klar zu erkennen, und die pflichtorientierte, gehobene konservative Wählerschaft scheint darüber hinaus in fast ganz Baden-Württemberg – bis auf die Zentren der GRÜNEN-Wählerschaft in und um Freiburg sowie Stuttgart –, in Eifel und Hunsrück sowie im Emsland der CDU die Treue zu halten. Doch sind gerade in den jüngsten Wahlen zahlreiche Wahlbezirke aus der sicheren Hochburg-Einstufung in die Kategorie der "nur noch" dominanten Gebiete abgerutscht. Auch muss man den optischen Eindruck einer extremen Flächendeckung auf der Karte 2 über fast die gesamte Republik hinweg relativieren: Da die CDU/CSU besonders häufig in den flächenhaften, ländlichen Regionen dominiert, fallen hier die Hochburgen unverhältnismäßig stark ins Auge.

Die SPD

Die traditionelle Wählerschaft der SPD ist in Nordhessen und dem angrenzenden Südniedersachsen, im Ruhrgebiet und dem Saarland sowie in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen beheimatet. Der gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer gilt immer noch als typischer SPD-Wähler, und dieser ist vorwiegend unter den nicht-katholischen Arbeitern und vor allen Dingen in städtischen Wahlbezirken zu finden. Dadurch treten die SPD-Wahlhochburgen optisch nicht ganz so deutlich in Erscheinung wie die Gebiete der CDU/CSU. Generell ist allerdings festzustellen, dass die SPD "ihre" traditionellen Stammwähler offenbar nicht mehr erreicht, denn die Anzahl der als Hochburg einzustufenden Wahlkreise hat stark abgenommen.

1 Alte Länder Bundestagswahlen nach Zweitstimmen 1949-1998



Die FDP

Die FDP scheint ihre Klientel – mit Ausnahme Bayerns – über das ganze Land gleichmäßig verteilt zu haben. Als Schwerpunkt ist das Stammland der Liberalen Baden-Württemberg deutlich zu erkennen. Ansonsten konnte sich die FDP in den sog. Speckgürteln zahlreicher Städte (Hamburg, Hannover, Bremen sowie München), in einem von Frankfurt über den Taunus bis Wiesbaden reichenden Gebiet sowie im Raum Köln-Bonn auf Dauer überdurchschnittliche Stimmenanteile sichern.

Bündnis 90/Die GRÜNEN³

Die Wählerschaft der GRÜNEN weist den relativ geringsten Bindungsgrad zur Partei auf. Überproportionale Stimmenanteile erzielten die GRÜNEN bislang bei den nicht-katholischen Angestellten. Das scheinbar automatische Nachwachsen der GRÜNEN-Wählerschaft, entsprechend der Klischeevorstellung, dass junge Leute bevorzugt GRÜNEN-Wähler sind, ist stark rückläufig; Wahlkreise mit hohen Erstwähleranteilen bringen den GRÜNEN nicht mehr überdurchschnittliche Stimmenanteile. Dennoch gelten Universitätsstädte nach wie vor als wichtigste Wahlkreise für die GRÜNEN. Einen hohen Flächendeckungsgrad erzielen sie in Südhessen und Baden-Württemberg. In dienstleistungsorientierten Verdichtungsräumen – München, Rhein-Main-Gebiet und Stuttgart – können die GRÜNEN seit vielen Jahren auf eine vergleichsweise treue Wählerschaft bauen.♦

Klasseneinteilung

Für CDU/CSU und SPD gilt folgende Zuordnung:
Als **Hochburgen** gelten jeweils jene Wahlkreise, in denen eine Partei bis 1983 stets über 50% und ab 1987 mindestens 40% der Stimmenanteile erzielt hat.
Als **dominant** gelten jeweils jene Wahlkreise, in denen eine Partei bei allen Wahlen stets die stärkste Partei gewesen ist. Für die Ergebnisse der FDP und der GRÜNEN gelten folgende Festlegungen:
Überdurchschnittlich := Stimmenanteile bei allen Wahlen höher als (Mittelwert + Standardabweichung)
Unterdurchschnittlich – Stimmenanteile bei allen Wahlen geringer als (Mittelwert – Standardabweichung)

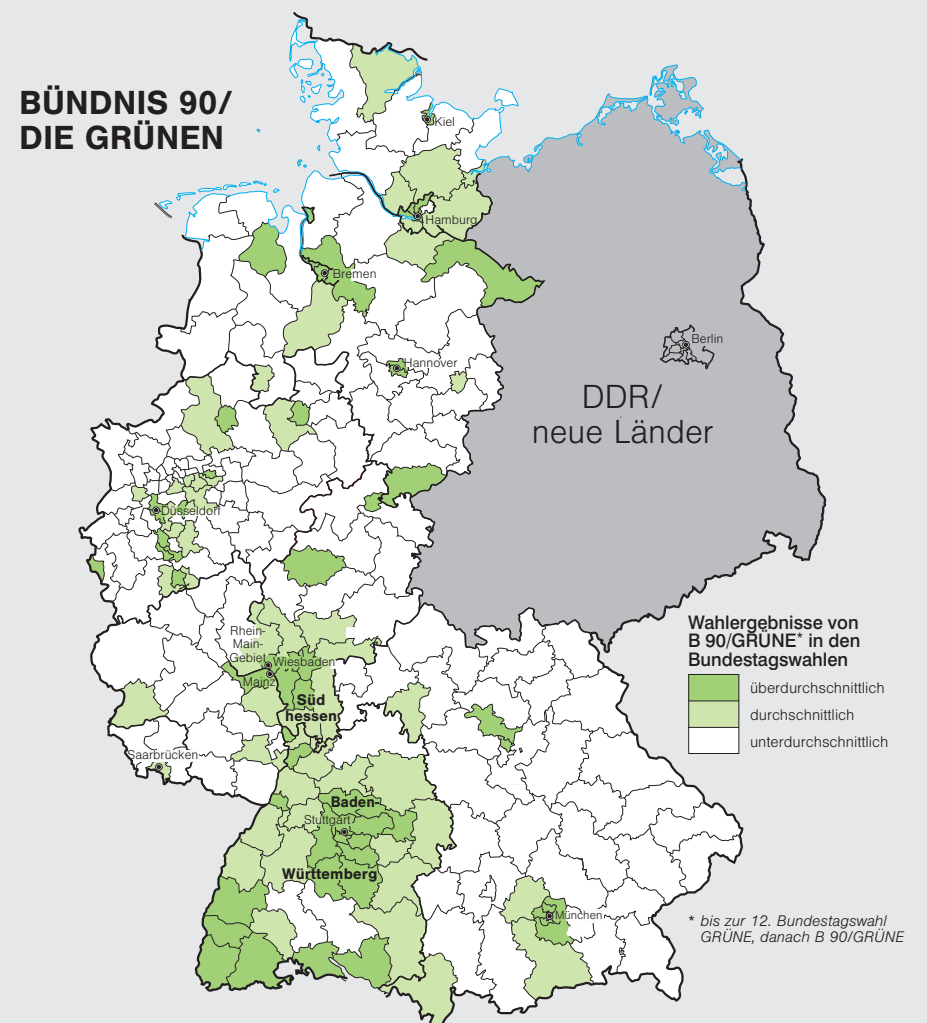
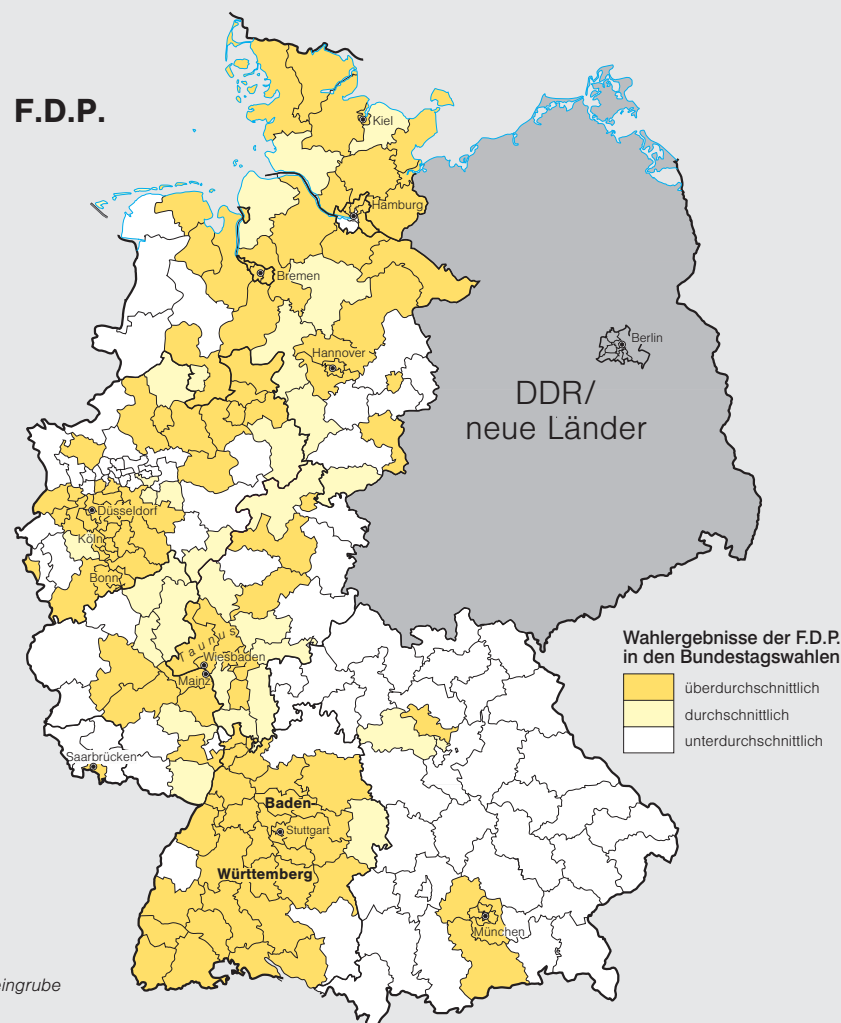
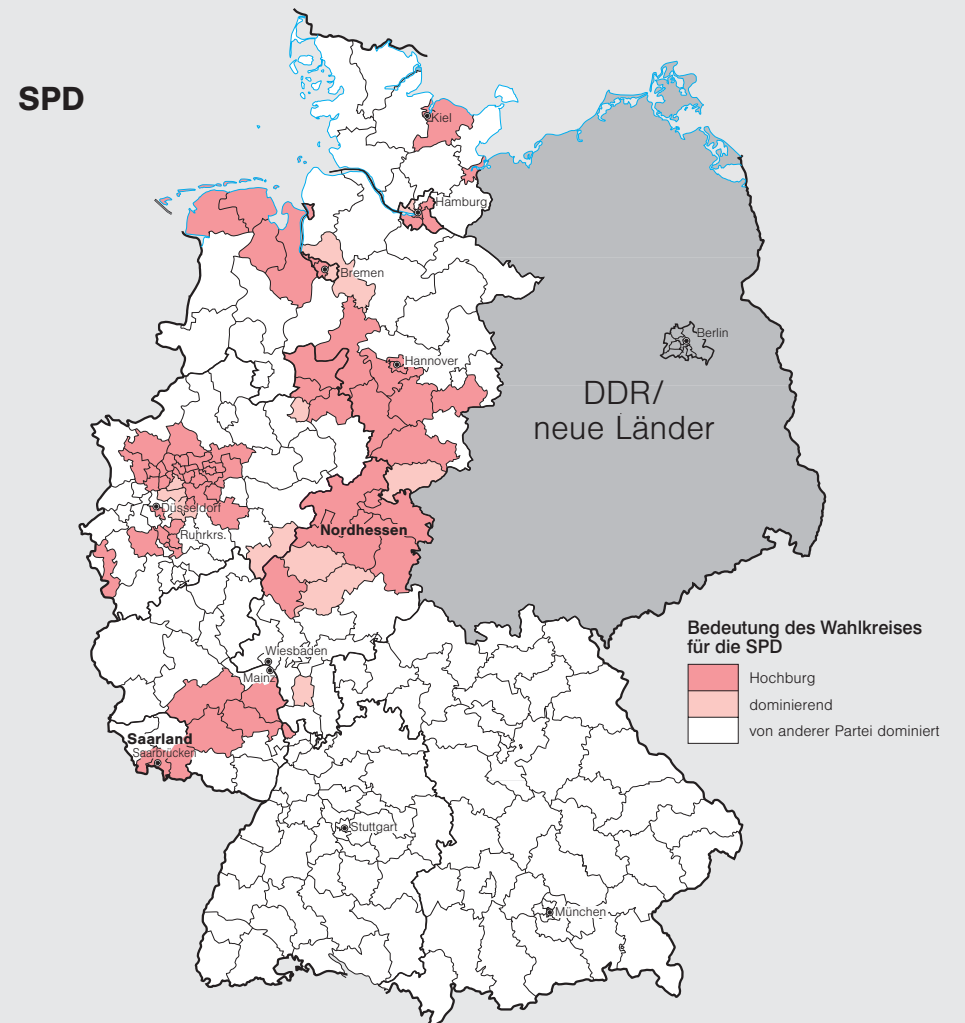
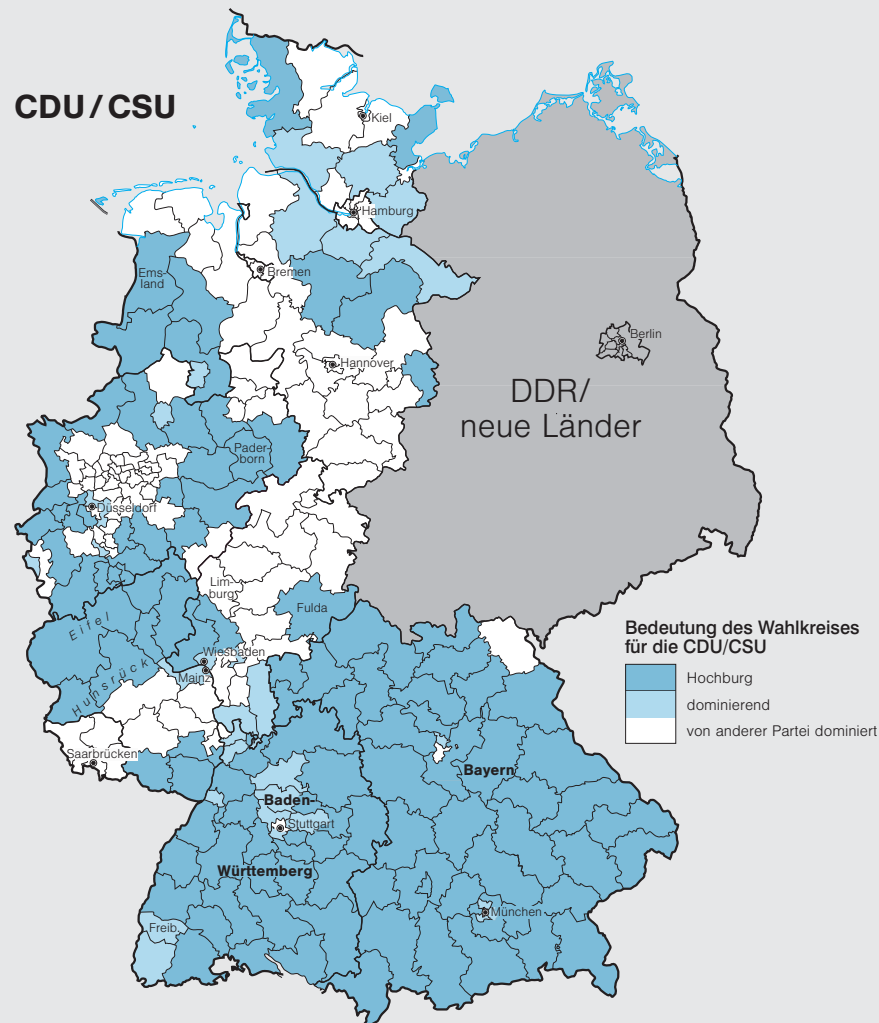
¹ Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist 1990 die PDS als fünfte Partei in den Bundestag eingezogen. Aufgrund der vergleichsweise kurzen Parlamentszugehörigkeit und der noch sehr starken – auch räumlichen – Veränderungen in der Wählerschaft dieser Partei, soll die PDS hier in der Betrachtung der Wahlhochburgen der alten Länder unberücksichtigt bleiben.

² Da sich der räumliche Zuschnitt der Wahlkreise von Wahl zu Wahl teilweise extrem stark verändert hat, sind hier "nur" die Ergebnisse der letzten zwei Jahrzehnte auf einen einheitlichen Gebietsstand umgerechnet worden. Als zentrale Wahlkreiseinteilung liegt die aus dem Jahre 1990 zugrunde.

³ Ab 1990 bestand eine enge Zusammenarbeit der West- und der Ost-Grünen sowie des Bündnis 90; 1994 wurde der Parteiname zu Bündnis 90/Die GRÜNEN geändert.

Wahlhochburgen 1976-1998

alte Länder nach Wahlkreisen



Autor: W.Steigrube